

Christian Paul Starke

Verbraucherschutz und Grundgesetz

Das Verbraucherschutzrecht
als verfassungsnotwendige Ausgestaltung
der Vertragsrechtsordnung?

Mohr Siebeck

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	V
Teil 1: Einleitung	1
A. Themeneinführung	1
B. Gang der Untersuchung	3
C. Zur Notwendigkeit eines staatlichen Verbraucherschutzes	5
I. Das Konzept der Konsumentensouveränität	5
II. Verbraucherschutz als Kompensation eines Marktversagens	7
1. Das liberale Informationsmodell	7
2. Die sozialen Verbraucherschutzmodelle	8
3. Divergierende Lösungsvorschläge zur Kompensation der Ungleichgewichtslage	10
D. Die historische Entwicklung des Verbraucherschutzes	12
E. Zusammenfassung	15
Teil 2: Das Verbraucherschutzrecht als Rechtsgebiet	17
A. Die Abgrenzung von rechtlichem und sonstigem Verbraucherschutz	17
I. Die Verbraucherpolitik als Oberbegriff	17
II. Die Verbraucherbildung	19
III. Die Verbraucherinformation und -aufklärung	20
IV. Das Verbraucherschutzrecht	22
V. Die Verbraucherorganisation als selbstständiger Teil des Verbraucherschutzes	22
B. Die Inhalte des Verbraucherschutzrechts	23
I. Der Versuch einer deduktiven Begriffsfindung	23
1. Der Begriff des Verbrauchers als Ausgangspunkt	23
2. Das Machtgefälle als Anknüpfungspunkt	24

3. Der Verbraucher als Teil des geschützten Personenkreises	25
II. Induktive Begriffsbildung anhand der anerkanntermaßen verbraucherschützenden Rechtsnormen	25
1. Verbraucherschutz durch die Gewährleistung eines geordneten Marktes	26
a) Das Wettbewerbsrecht	26
b) Die Zulassung und Überwachung von Anbietern	28
c) Die Zulassung und Überwachung von Produkten	28
d) Das Verbraucherinsolvenzrecht	29
2. Verbraucherschutz im Umfeld des konkreten Vertrages	29
a) Vorvertragliche Schutzinstrumente	30
aa) Die lauterkeitsrechtlichen Bestimmungen	30
bb) Zivilrechtliche Informationspflichten	31
(1) Informationspflichten bei bestimmten Vertragsarten	31
(2) Informationspflichten für bestimmte Vertriebskanäle	33
b) Schutzinstrumente bei Vertragsabschluss	34
aa) Formvorschriften und Dokumentationspflichten	34
bb) Regelungen zu AGB	35
cc) Einseitig zwingende Vertragsbestimmungen und Umgehungsverbote	36
dd) Die Sittenwidrigkeit bestimmter Abreden	37
ee) Die umfassende Normierung von Vertragsbedingungen durch den Staat	38
ff) Die Einräumung von Widerrufsrechten	38
c) Schutzinstrumente während der Vertragsdurchführung	40
aa) Informationspflichten im laufenden Vertrag	40
bb) Gewährleistungsrechte	40
cc) Produkthaftung	41
(1) Die Produkthaftung gem. § 823 BGB	42
(2) Das Produkthaftungsgesetz	43
(3) Die Haftung nach dem Arzneimittelgesetz	44
dd) Produktwarnungen und Rückrufpflichten	44
3. Verbraucherschutz bei der Rechtsdurchsetzung	45
a) Beweislastregelungen	45
b) Besondere Gerichtsstände für Verbraucher	46
c) Rechtsberatung und -vertretung durch die Verbraucherverbände	47
d) Die neue Musterfeststellungsklage	48
e) Verbraucherstreitbeilegung	49
aa) Spezielle Schlichtungsverfahren	49
bb) Das Verbraucherstreitbeilegungsgesetz	50
4. Sonstige Regelungen	51
5. Umstrittene Rechtsbereiche	52
6. Ergänzung durch strafrechtliche Bestimmungen	53
III. Die Charakteristika des Verbraucherschutzrechts	54



1. Das Verbraucherschutzrecht als Querschnittsmaterie	54
2. Das Verbraucherschutzrecht als Typisierung von Gefahrensituationen	55
3. Der Verbraucherbegriff als rechtsgeschäftsbezogene Rolle	56
IV. Gemeinsame Zwecke der verbraucherschützenden Regelungen	57
V. Der Begriff des Verbraucherschutzrechts	60
C. Zusammenfassung	60

Teil 3: Das Verbraucherschutzrecht im überkommenen
Verfassungsverständnis 63

A. Das Verbraucherschutzrecht als sozialstaatliche Verpflichtung . . 64

B. Die grundrechtlichen Gewährleistungen als Anknüpfungspunkt
des Verbraucherschutzrechts 66

I. Eine Bestandsaufnahme in der Literatur 67

1. Die Vertragsfreiheit als Schwerpunkt der verfassungsrechtlichen
Diskussion über das Verbraucherschutzrecht 67

a) Die umstrittenen Aspekte der Vertragsfreiheit 69

aa) Der grundrechtliche Ursprung der Vertragsfreiheit 69

bb) Die Multifunktionalität der grundrechtlichen Vertragsfreiheit 71

(1) Die Vertragsfreiheit als Abwehrrecht und grundrechtliche
Schutzpflicht 71

(2) Die Kritik einer vorstaatlich gedachten Vertragsfreiheit . 73

(3) Die Vertragsfreiheit als Institutsgarantie 75

b) Die Vertragsfreiheit der Verbraucher als Schranke
der unternehmerischen Freiheiten 78

2. Der Gesundheitsschutz 79

3. Der Eigentumsschutz 80

4. Die sonstigen verbraucherschutzrelevanten Grundrechte 81

a) Die Wettbewerbsfreiheit 81

b) Die Kommunikationsfreiheiten, die Vereinigungsfreiheit und
der Schutz der Wohnung 81

c) Ein Menschenrecht auf Hoffnung und das Streben nach Glück? . 82

II. Die für das Verbraucherschutzrecht relevante Rechtsprechung
des Bundesverfassungsgerichts 83

1. Der Verbraucherschutz als Grundrechtsschranke 83

2. Das Verbraucherschutzrecht als Erfüllung staatlicher
Schutzpflichten 86

3. Der Verbraucherschutz in der Ausstrahlungswirkung
der Grundrechte 90

4. Die sonstigen Grundrechtsfunktionen 91

III. Schlussfolgerungen 92

C. Zusammenfassung 95

Teil 4: Das wertbestimmte Grundrechtsverständnis als alternativer Ansatz der Verfassungsinterpretation	97
<i>A. Die Kernthesen des wertbestimmten Grundrechtsverständnisses</i>	97
I. Die Grundrechte als zusammenhängendes Schutzkonzept	97
II. Das historische europäische Naturrecht als Auslegungsmaßstab	100
1. Die historische europäische Naturrechtslehre als klar rekonstruierbares Gesamtkonzept	100
a) Die Renaissance	100
b) Die Aufklärung	101
c) Der deutsche Idealismus	106
2. Die notwendige Neuinterpretation der Verfassungsnormen	111
a) Die Grundrechte als Kompetenznormen und Gestaltungsaufträge für den Gesetzgeber	113
b) Der parlamentarische Gesetzgeber als Erstadressat der Verfassungsbestimmungen	115
c) Die Bedeutung der sog. „Schrankentrias“ aus Art. 2 Abs. 1 GG	118
III. Die neue Rolle	120
1. ... der Mitmenschen im wertbestimmten Grundrechtsverständnis	120
2. ... des Gesetzgebers im wertbestimmten Grundrechtsverständnis	121
IV. Die Anforderungen an eine freiheitsfördernde Rechtsordnung	123
1. Die formalen Voraussetzungen allgemeiner Rechtssätze	123
2. Die inhaltlichen Anforderungen an die zu schaffende Rechtsordnung	124
a) Die grundsätzliche Neutralität der Rechtssätze gegenüber den Inhalten des individuellen Freiheitsgebrauchs	124
b) Die Rückkopplung des Freiheitsberechtigten an die Folgen seines Handelns	125
c) Die Ausgestaltung der Rechtsordnung nach den Prinzipien der Gleichgewichtigkeit und Wechselseitigkeit	127
d) Die Einbindung der Freiheitsberechtigten in sittliche Institutionen	128
e) Gesetzliche Verbote schädlicher Handlungen	130
<i>B. Zur Begründung eines solchen Grundrechtsverständnisses</i>	130
I. Der Wortlaut der Grundgesetzbestimmungen	130
1. Die Würde des Menschen als oberstes Konstitutionsprinzip	131
2. Das Bekenntnis zu unverletzlichen und unveräußerlichen Menschenrechten	132
3. Die freie Entfaltung der Persönlichkeit als strukturierter Prozess	134
II. Die Entstehungsgeschichte des Grundgesetzes	136
1. Die explizite Betonung der naturrechtlichen Wurzeln der Grundrechte	136
2. Die historische Tradition des Grundgesetzes	137



III. Die Systematik des Grundgesetzes	138
IV. Zur Kritik am wertbestimmten Grundrechtsverständnis	139
C. Zusammenfassung	140

Teil 5: Die Grundrechtsausgestaltung als zentrale Aufgabe des demokratisch legitimierten Gesetzgebers 143

A. Der notwendige Bedeutungswandel der Grundrechtsfunktionen 144

I. Die Grundrechtsausgestaltung im überkommenen Grundrechtsverständnis 144

II. Der Auftrag zur Grundrechtsausgestaltung als die zentrale Funktion der Grundrechte 146

1. Unterschiedliche Ansatzpunkte der Ausgestaltungsbedürftigkeit im Einzelfall 146

a) Die Kategorie der normativen Konstituierung 146

b) Die Kategorie der normativen Konturierung 149

c) Die Kategorie der normativen Konkretisierung 152

d) Schlussfolgerungen 153

2. Das Verhältnis der sonstigen Grundrechtsfunktionen zur Grundrechtsausgestaltung 154

a) Die Grundrechte als verfassungsrechtlich positiviert Werte . . . 154

aa) Die Grundrechte als Gesetzgebungsaufträge 154

bb) Die Ausstrahlungswirkung der Grundrechte 155

b) Die Grundrechte als Abwehrrechte und die Lehre von den Einrichtungsgarantien 155

aa) Die Abwehrfunktion der Grundrechte 155

(1) Die Grundrechte als Abwehrrechte im wertbestimmten Grundrechtsverständnis 156

(2) Die Abgrenzung von eingreifenden und ausgestaltenden Rechtsnormen 157

bb) Die Grundrechte als Einrichtungsgarantien und ihr Verhältnis zu Art. 19 Abs. 2 GG 159

(1) Die Bedeutung der Lehre von den Einrichtungsgarantien unter Geltung des Grundgesetzes 159

(2) Die Bedeutung der Wesensgehaltgarantie des Art. 19 Abs. 2 GG 162

(a) Der Wesensgehalt der Grundrechte als absolute Grenze 164

(b) Der Wesensgehaltsschutz als Garantie des Grundrechts in der Gesamtrechtsordnung 165

(c) Die institutionellen Garantien der Grundrechte als unantastbarer Wesenskern 168

(d) Schlussfolgerungen 171

<i>B. Die Leitlinien der Grundrechtsausgestaltung</i>	172
I. Die wesentlichen Prinzipien der Grundrechtsausgestaltung	172
1. Die grundrechtsspezifischen Strukturprinzipien als Ausgangspunkt	173
a) Die Bestimmung der Strukturprinzipien der Grundrechte	173
b) Die konkreten Strukturprinzipien ausgewählter Beispielgrundrechte	176
2. Das Verfassungsprinzip gleicher und verantwortlicher Freiheit	179
3. Das Gebot der Sachgerechtigkeit	182
4. Das Gebot der Folgerichtigkeit	185
II. Die verfassungsgerichtliche Kontrolle grundrechtsausgestaltender Rechtsetzung	188
<i>C. Zusammenfassung</i>	191
 Teil 6: Die freiheitsfördernde Ausgestaltung der Vertragsrechtsordnung	 195
<i>A. Das Verbraucherschutzrecht als Antwort auf ein „Vertragsproblem“</i>	195
<i>B. Die Verfassungsvorgaben für die Ausgestaltung der Vertragsfreiheit</i>	196
I. Die grundrechtsspezifischen Strukturprinzipien der Vertragsfreiheit	196
1. Der Grundsatz der Privatautonomie	196
2. Der Grundsatz des Vertrauensschutzes und der Verkehrssicherheit	198
II. Das Verfassungsprinzip gleicher und verantwortlicher Freiheit	199
III. Das Gebot der Sachgerechtigkeit	202
1. Die Institution des Marktes	202
2. Die Verteilung von Macht und Autonomie unter den Vertragsparteien	206
IV. Das Gebot der Folgerichtigkeit	209
1. Das System der sozialen Marktwirtschaft	209
2. Die pacta-sunt-servanda-Regel	213
V. Die Pflicht des Gesetzgebers zur Errichtung einer funktionsfähigen Vertragsrechtsordnung	215
1. Die Statuierung einer rechtlichen Rahmenordnung	215
2. Die Schaffung einer staatlichen „Reserveordnung“	218
3. Der Schutz vor vertraglicher Fremdbestimmung	221
<i>C. Die vom Gesetzgeber zu berücksichtigenden Besonderheiten bei Verträgen zwischen Verbrauchern und Unternehmern</i>	224
I. Das Bestehen erheblicher Informationsasymmetrien zwischen den Vertragsparteien	225

II. Die ungleiche Verteilung der Marktmacht	227
III. Der Erfahrungsvorsprung der Unternehmenseite	229
IV. Schlussfolgerungen	231
<i>D. Die Verfassungsnotwendigkeit der bestehenden Verbraucherschutzregelungen des deutschen Rechts</i>	<i>234</i>
I. Die verbraucherschützenden Instrumente zur Gewährleistung eines geordneten Marktes	235
1. Das Wettbewerbsrecht	235
2. Die Regelungen zur Zulassung und Überwachung von Anbietern und Produkten	238
3. Das Verbraucherinsolvenzrecht	240
II. Die konkret vertragsbezogenen Verbraucherschutzinstrumente	243
1. Informationspflichten	243
a) Die Notwendigkeit einer ausreichenden Information der Verbraucher	243
b) Die Sachgerechtigkeit der Normierung unternehmerseitiger Informationspflichten	244
c) Die Vereinbarkeit des deutschen Rechts mit den Verfassungsvorgaben	245
d) Der Umfang der Informationspflichten als wesentliches Problem	247
e) Bewertung	249
2. Gesetzliche Formvorgaben und Dokumentationspflichten	250
a) Allgemeine verfassungsrechtliche Einordnung	250
b) Die Regelungen des deutschen Rechts	251
aa) Die verbraucherschützenden Formvorschriften des deutschen Rechts	252
(1) Das FernUSG nach Umsetzung der Verbraucherrechterichtlinie	252
(2) Die ausdrückliche Bestätigung der Zahlungspflichtigkeit gem. § 312j Abs. 3 BGB	254
bb) Die Dokumentationspflichten des deutschen Verbraucherschutzrechts	255
c) Bewertung	256
3. Die staatliche Kontrolle und Vorgabe der Vertragsbedingungen	257
a) Das Instrument der AGB-Kontrolle	257
aa) Die richterliche Kontrolle als Ausgleich einer einseitigen Inanspruchnahme der Privatautonomie	257
bb) Die Regelungen des deutschen AGB-Rechts	259
cc) Die Unzulänglichkeiten der richterlichen Einzelfallkontrolle	262
b) Die Vorgabe einseitig zwingenden Vertragsrechts	263
aa) Die verfassungsrechtliche Beurteilung halbzwingender Normen	263

bb) Die halbzwingenden Bestimmungen des deutschen Verbraucherschutzrechts	265
c) Umgehungsverbote	268
d) Die umfassende staatliche Normierung der Vertragsbedingungen	269
e) Schlussfolgerungen	272
4. Die Einräumung gesetzlicher Widerrufsrechte	273
a) Allgemeine verfassungsrechtliche Überlegungen	273
b) Die einzelnen Widerrufsrechte des deutschen Rechts	274
aa) Das Widerrufsrecht bei Außergeschäftsraumverträgen	275
bb) Das Widerrufsrecht im Fernabsatzverkehr und bei Fernunterrichtsverträgen	277
cc) Das Widerrufsrecht für wirtschaftlich besonders bedeutsame Verträge	280
c) Die inhaltliche Ausgestaltung der Widerrufsrechte	283
aa) Keine Kontrolle der Widerrufsmotive	283
bb) Die gesetzliche Widerrufsfrist	284
d) Schlussfolgerungen	288
5. Gewährleistungsrechte, Produkthaftung sowie Warn- und Rückrufpflichten	288
a) Die Mängelgewährleistungsrechte des deutschen Rechts	289
b) Das deutsche Produkthaftungsrecht	291
c) Produktbeobachtungs- und Warnpflichten	293
d) Bewertung	294
III. Erleichterungen bei der Rechtsdurchsetzung	294
1. Beweislastregelungen	295
2. Besondere Gerichtsstände für Verbraucher	297
3. Weitere Möglichkeiten zur Verbesserung der Rechtsdurchsetzung	300
a) Verbraucherberatung und außergerichtliche Streitbeilegungsmechanismen	301
b) Die kollektive Rechtsdurchsetzung bei Kleinstschäden	303
aa) Die Kontrolle von Vertragsbedingungen nach dem UKlaG	303
bb) Die Möglichkeit von Verbandsklagen nach dem UWG und GWB	304
cc) Bewertung	305
c) Die neue Musterfeststellungsklage	307
d) Schlussfolgerungen	309
IV. Abschließende Bewertung	309
E. Zusammenfassung	310
Teil 7: Zusammenfassung in Thesen	313
Literaturverzeichnis	317
Sachregister	337